



Pressemitteilung Nr. 16-325
vom 21.09.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

SPD verlangt Unterrichtung über Castor-Einsatzkonzept

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag verlangt, dass die Landesregierung das Parlament über den bevorstehenden Polizeieinsatz beim nächsten Castor-Transport nach Gorleben informiert. „Am vergangenen Wochenende haben rund 100.000 Menschen in Berlin friedlich gegen die Atompolitik der Bundesregierung demonstriert. Es steht zu erwarten, dass Anfang November eine bislang nie da gewesene Zahl an Menschen gegen den diesjährigen Castor-Transport auf die Straße gehen wird. Gleichzeitig werden aus dem Innenministerium Signale gesendet, man müsse die Zahl der polizeilichen Einsatzkräfte gering halten, weil es sonst zu teuer werde. Diese Kombination birgt enormen Sprengstoff. Deshalb haben wir eine Unterrichtung der Landesregierung über ihr Castor-Einsatzkonzept bei einer gemeinsamen Sitzung des Innen- und des Umweltausschusses beantragt“, erläuterte Klaus-Peter Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, am Dienstag in Hannover.

„Wir haben die Sorge, dass durch ein falsches Einsatzkonzept die Lage im Wendland eskaliert. Wer als Innenminister bewusst wenige Polizisten einplant, der setzt auf schweres Gerät, der setzt auf Wasserwerfer und der nimmt Eskalation und Verletzungen von Polizeibeamtinnen und -beamten sowie demonstrierenden Bürgern billigend in Kauf“, so Bachmann.

Detlef Tanke, stellvertretender Vorsitzender und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagte: „Der friedliche Protest vom vergangenen Wochenende hat gezeigt, wie stark die Ablehnung gegen den rücksichtslosen Marsch

der schwarz-gelben Bundesregierung zurück in den Atomstaat ist. Viele Schutzleute teilen diese Ablehnung. Sie müssen zwar wohl oder übel den sicheren Transport des gefährlichen Atommülls gewährleisten. Sie sehen ihre Aufgabe aber zunehmend darin, die grundgesetzliche Demonstrationsfreiheit zu schützen, und sie haben es zunehmend satt, die Rolle des politischen Prügelknaben zu spielen. Wenn Innenminister Schönemann im Vorfeld des Castor-Transports davon spricht, es sei eine Zunahme von Straftaten und Gewaltakten zu befürchten, heizt er die Stimmung in unverantwortlicher Weise an.“

Die beiden SPD-Parlamentarier sprachen sich für ein Polizeikonzept aus, das im Wendland friedlichen Protest ermöglicht und den Einsatz schweren Geräts vermeidet.